



## Komplott

Vor 50 Jahren wurde das verhängnisvolle Attentat auf der Mailänder Piazza Fontana verübt. Dies war der Beginn der Spannungsstrategie in Italien, die einem Putsch der Faschisten den Weg ebnete. Von Gerhard Feldbauer

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 12. DEZEMBER 2019, NR. 289 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

### Repression

**2** Razzia wegen Twitter: Polizei durchsucht Wohnung von *junge Welt*-Autorin Anja Flach in Hamburg

### Rassismus

**4** AfD lädt Apologeten des Kolonialismus in Bundestag ein. Linke spricht von »Selbstentlarvung«

### Ringtausch

**9** USA, Mexiko, Kanada unterzeichnen Freihandelsabkommen. Deutsche Autokonzerne betroffen

### Reisebericht

**11** Wissenschaft und Politik, Staat und Mathematik. Dietmar Daths neuer Science-Fiction-Roman

# Mehr Zeit für Black Rock

Frankreich: Macrons »Rentenreform« auf späteren Zeitpunkt verlegt. Unsicherheit stößt Tor für private Versicherer auf. **Von Hansgeorg Hermann, Paris**



Die wahren »Chaoten« angeprangert: Demonstration gegen Macrons »Rentenreform« am Sonnabend in Paris

Zu Beginn seiner Amtszeit vor zwei Jahren hielt Emmanuel Macron seine »Rentenreform« noch für »unbedingt notwendig« und mahnte zu »höchster Eile«. Seit Mittwoch nehmen sich Frankreichs Staatschef und sein rechter Premierminister Édouard Philippe deutlich mehr Zeit mit dem wichtigsten politischen Projekt im neoliberalen Programm der Regierung. So soll es zwar im Frühjahr beschlossen, seine Gültigkeit aber in eine fernere Zukunft verlegt werden. Zudem werde die nach wie vor höchst umstrittene Neustrukturierung des Rentensystems, das verkündete Philippe gestern in Paris, erst jene Lohnabhängigen treffen, die nach 1975 geboren wurden. Macron hatte die »Reform« zunächst für alle nach 1963 Geborenen geplant.

Nach wie vor ist geplant, dass die Höhe der Renten nicht mehr, wie bislang, nach dem Einkommen der letzten

sechs Monate Beschäftigung, sondern auf Basis der gesamten Lebensarbeitszeit berechnet wird. Gewerkschaften und parlamentarische Opposition sprechen von einem klaren finanziellen Verlust für die Rentner. Die von der Regierung angeblich gewollte »Gerechtigkeit« im System, die es über ein kompliziertes Punktesystem zu erreichen gelte, ist selbst auch in Macrons Mehrheitsfraktion, La République en marche, nicht mehr unbestritten. Für die linke Opposition ist sie eine Schmähere. Der Fernsehstation *France Info* sagte die Deputierte Danièle Obono von La France insoumise am Mittwoch: »Die Renten werden fallen, und zwar für alle.« Nicht nur das: Der Eintritt ins Rentenalter mit 62 Jahren bleibt zwar bestehen. Das Punktesystem soll aber Lohnabhängige, die länger arbeiten »wollen« – bis zum 67. Lebensjahr –, mit Prämien belohnen und sie finan-

ziell von den »Unwilligen« abheben.

Der Aufschub ist nicht nur dem gewaltigen Widerstand in der Bevölkerung geschuldet – mehr als zwei Drittel der Franzosen wollen die angekündigte »Reform« nicht. Seit dem Donnerstag vergangener Woche gingen Millionen Franzosen auf die Straße, auch am Dienstag demonstrierten landesweit rund 800.000 Menschen. Hinter dem Staatschef und dessen Plänen stehen auch »Berater« weltweit handelnder Vermögensverwalter wie Black Rock und des französischen Versicherungsgiganten Axa, die seit Monaten im Präsidentenpalast Élysée ein- und ausgehen. Ihr Kalkül, dass die von Macrons »Reformplänen« verunsicherten Franzosen ihren Lebensabend künftig mit einer privaten Zusatzrente absichern wollen, basiert auf in anderen Ländern bereits gemachter Geschäftserfahrung.

Auch der von Macron ernannte Ren-

ten-Hochkommissar Jean-Paul Delevoye kommt aus der Versicherungswirtschaft. Bis vor einigen Tagen stand er als beratender Direktor mit 5.300 Euro Monatsprämie auf der Gehaltsliste des rechtskonservativen Thinktanks Parallaxe, der sich nicht nur um die Privatisierung des französischen Bildungswesens kümmert, sondern auch eng verbunden ist mit dem Dachverband der Assekuranten. Ein Interessenkonflikt, den Delevoye schlicht »übersehen« und »vergessen« haben will. Wie es der Sprecher des Nouveau Parti anticapitaliste (NPA), Olivier Besancenot, im Fernsehkanal *BFM TV* ausdrückte: »Die Versicherer sitzen bereits in den Startlöchern, das ist es, worum es bei Macrons Reform in Wahrheit geht.«

Céline Verzeletti, Generalbeauftragte des Gewerkschaftsbundes CGT, kündigte die Fortsetzung des Generalstreiks an: »Jetzt erst recht!«

## Bolivien: Haus von Evo Morales durchsucht



**La Paz.** In Bolivien ist das Haus des weggeputschten Präsidenten Evo Morales (Foto) durchsucht worden. Ermittler hätten am Dienstag (Ortszeit) das Grundstück in La Paz »auf gerichtliche Anweisung hin« durchsucht, sagte Staatsanwalt Rudy Terrazas der amtlichen Nachrichtenagentur *ABI*. Sichergestellte Computer würden nun nach Belegen für mögliche »Terror- und Aufruhrstrafaten« überprüft.

Die selbsternannte »Interimspräsidentin« Jeanine Áñez wirft Morales und anderen Politikern seiner Partei »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) vor, nach dem Staatsstreich Gewalt geschürt zu haben. Morales verurteilte die Razzia über Twitter. Er warf der Staatsanwaltschaft vor, ihre Macht missbraucht zu haben. Erst am Dienstag hatte die ehemalige Kommunikationsministerin Amanda Dávila Menschenrechtsverletzungen seitens der Putschregierung kritisiert. (AFP/JW)

## Steuernachzahlungen: Erfolg für VVN-BdA

**Berlin.** Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA) muss die nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit angeforderten Steuernachzahlungen nicht aufbringen. Ein entsprechender Bescheid des Berliner Finanzamts für Körperschaften sei am Mittwoch beim Anwalt der Organisation eingegangen, heißt es in einer Mitteilung. Demnach habe die Behörde die Vollziehung der gegen die VVN-BdA ergangenen Steuerbescheide wegen einer »unbilligen Härte« ausgesetzt.

VVN-BdA-Geschäftsführer Thomas Willms sprach von einem »kleinen Etappensieg«. Mit Blick auf das anstehende Einspruchsverfahren gelte es aber, »wachsam zu sein, bis auch inhaltlich der Angriff auf die Gemeinnützigkeit unseres Vereines zurückgeschlagen werden kann.« (JW)

■ Siehe Seite 8

# EU soll klimaneutral werden

Kommission kündigt Pläne zum Klimaschutz an. Gegner sollen mit Geld überzeugt werden

Die EU soll bis 2050 klimaneutral werden: Das ist der Plan der EU-Kommission, den die seit erst elf Tagen amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch in Brüssel vorstellte. Heute müssen auch die Staats- und Regierungschefs das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 auf dem EU-Gipfel einstimmig beschließen. Der Plan könnte aber an der Ablehnung Polens, Ungarns und Tschechiens scheitern. Verhindern soll den Widerstand eine Menge Geld – bis zu 35 Milliarden Euro, die über den »Just Transition Fonds«, ein Fonds für

den »gerechten Übergang«, Kohleregionen bei der Umstellung helfen sollen.

Das umfassende Gesetzgebungsprogramm, auch als Green Deal bezeichnet, sieht vor, die EU binnen 30 Jahren in den Bereichen Energieversorgung, Industrieproduktion, Verkehr und Landwirtschaft klimafreundlich umzubauen. Damit die Erderwärmung über 1,5 Grad verhindert werden kann – wie im Pariser Klimaabkommen vorgesehen – sollen ab 2050 keine neuen Treibhausgase aus den EU-Ländern in die Atmosphäre gelangen, oder die erzeugten durch Emissionszertifikate aus-

geglichen werden. Bis es jedoch soweit ist, gilt es zunächst, 2030 ein Zwischenziel zu erreichen: Bis dahin sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 bis 55 Prozent unter dem Wert von 1990 liegen.

Um die angestrebte Klimaneutralität zu erzielen, müsste sich auch die europäische Wirtschaft grundlegend verändern. Vertreter der Industrie, wie Bosch-Chef Volkmar Denner kritisierten den Plan bereits als »Ende des Verbrennungsmotors« und warnten vor den »Auswirkungen auf die Beschäftigung der betroffenen Unternehmen«. Und auch dem Bundesverband der

Deutschen Industrie (BDI) geht der »Green Deal« zu weit. Die ständige Verschärfung der Klimaziele führe zu einer Verunsicherung der Konsumenten und Unternehmen, sagte BDI-Präsident Dieter Kempf der *Deutschen Presse-Agentur*. Das sei »Gift für langlebige Investitionen«.

Wahres Gift für Mensch und Natur gab es dafür im Übermaß auf deutschen Straßen: 2019 wurden erstmals mehr als eine Million SUV und Geländewagen neu zugelassen, wie aus Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes (KBA) in Flensburg hervorgeht. (dpa/JW)

**jW** wird herausgegeben von 2.220 Genossinnen und Genossen (Stand 25.10.2019)  
 www.jungewelt.de/lpg

